

Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»

Nein zum radikalen Rauchverbot

Die Initiative will unserem Lande ein totales Rauchverbot auferlegen und den Bürger in dieser Frage vollkommen entmündigen. Die Forderung ist überrissen, unnötig und eine Zwängerei. Dieses radikale Volksbegehren stellt nicht nur einen massiven Eingriff in die persönliche Freiheit dar, sie ist auch wirtschaftsfeindlich. Die Delegiertenversammlung der schweizerischen Partei hat mit 173 zu 3 Stimmen die Nein-Parole gefasst. Bundesrat und Parlament empfehlen die Initiative ebenfalls deutlich zur Ablehnung.

Seit 2010 ist das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen in Kraft. Es setzt gesamtschweizerische Mindeststandards, die vernünftig sind und sich bewährt haben. Den Kantonen ist es dabei frei gestellt, weitergehende Regeln zu erlassen. So gelten in den beiden Basel schärfere Bestimmungen als im Bund, die durch entsprechende Volksabstimmungen auch demokratisch legitimiert worden sind.

Die Initiative ist eine Zwängerei und greift massiv in die persönliche Freiheit

Bereits zwei Wochen nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes wurde die Volksinitiative eingereicht, über die wir nun am 23. September abstimmen. Die Initianten rund um die Lungenliga und andere Gesundheitsorganisationen verweigern sich damit einem vernünftigen Kompromiss auf nationaler Ebene und zeigen, dass sie erst Ruhe geben werden, wenn das Ziel einer rauchfreien Gesellschaft erreicht ist. Das von der Initiative verlangte radikale Verbot von bedienten Fumoirs und das Rauchverbot an Einzelarbeitsplätzen weist genau in diese Richtung. Doch damit nicht genug: In diesem Sommer wurde bereits eine weitere Initiative im Kanton Genf lanciert, die ein Rauchverbot unter freiem Himmel fordert. Künftig soll das Rauchen auch in öffentlichen Parkanlagen, am Seeufer oder auf Spazierwegen verboten sein. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis ein generelles Rauchverbot verlangt wird. Mit einer Ablehnung der Initiative schieben wir dieser durchsichtigen Salamtaktik den Riegel. Gerade aus freiheitlicher Sicht müssen wir uns gegen solche massiven Eingriffe in die Privatsphäre und eine totale Bevormundung des Bürgers vehement zur Wehr setzen.

Die Initiative ist gewerbe- und wirtschaftsfeindlich

Bereits mit dem heute geltenden Bundesgesetz und den zum Teil weitergehenden kantonalen Regelungen haben über dreissig Prozent der Mitglieder von GastroSuisse empfindliche Umsatzeinbussen in Kauf nehmen müssen. Vor allem kleinere Betriebe sind von dieser negativen Entwicklung betroffen. Die Umsetzung eines radikalen Rauchverbotes würde diese Situation massiv verschärfen, schweizweit wären Betriebe in ihrer Existenz und damit unzählige Arbeitsplätze in der Gastronomie und in der damit zusammenhängenden Wirtschaftskette gefährdet. Die Annahme der Initiative würde zudem eine Vernichtung von Investitionen bedeuten, welche sehr viele Gastrobetriebe in den letzten zwei Jahren in Fumoirs, Belüftungen und Raumabtrennungen getätigt haben.

Der mündige Bürger soll eigenverantwortlich entscheiden können

Es gibt keinen Grund, die heute geltende vernünftige Kompromisslösung zu ändern. Sie ermöglicht es dem mündigen Bürger, seine persönliche Freiheit wahrzunehmen und selber zu entscheiden, ob er in ein Raucherlokal gehen will oder nicht, ob er in seinem Kanton schärfere Regeln will oder nicht. Die Initiative ist radikal, schränkt die

Gewerbefreiheit ein und missachtet den Föderalismus. Deshalb empfehle ich ein klares Nein am 23. September.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin, Thürnen